

PROKLA-Redaktion

Editorial: Kriminalität und Zivilisationsverlust

I.

Mit dem Siegeszug der 'Moderne' durch das östliche Europa scheint das westliche Modell der Zivilisation in überwältigender Weise bestätigt. Nach der Zivilisierung der Ost-West-Konfrontation ist der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein friedliches Europa demokratischer Rechtsstaaten und eine Neuordnung der Welt unter dem Leitstern der westlichen Werte in Reichweite gerückt - so lautet die vielerorts geäußerte Vision für das Ende des Jahrhunderts. Nicht eine Konvergenz der Systeme, wie in den 60er Jahren vermutet, sondern die Übernahme westlicher Institutionen, die Einführung von Markt, Privateigentum und Demokratie (in der einen oder anderen Reihenfolge); die Rückkehr Osteuropas in die westliche Zivilisation, habe sich als zukunftsweisende Perspektive erwiesen. Das jugoslawische Modell, das lange Zeit für einen selbstverwalteten Sozialismus, eine Politik jenseits militärischer Blöcke und eine gelungene Integration der Völker stand, schlägt um in das traurige Gegenteil dieser Erwartungen: kommunistische Ansprüche, gleich welcher Schattierung, lassen sich offenbar nur noch mit brutaler Gewalt aufrechterhalten.

Während die traditionelle Kapitalismuskritik ihre Sprache endgültig verloren hat, und mit ihr auch moderatere Zweifel daran, daß die gegenwärtigen Gesellschaften das Endstadium der Geschichte darstellen, haben die osteuropäischen Revolutionen in vielen Augen zu einer neuen geschichtsphilosophischen Klarheit geführt. Die Perspektive hat sich gleichsam vereindeutigt. Allem Anschein nach hat sich die sozialistische Alternative zum Kapitalismus als evolutionäre Sackgasse erwiesen. Der 'dritte Weg', wie Seymour Lipset bereits im letzten Jahr verkündete, ist 'tot'.

Dieser Situation scheinen am ehesten jene Theorien gerecht zu werden, die den Versuch einer eigenständigen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus seit je als Verstoß gegen die »rein technisch zum Höchstmaß an Leistung vervollkommenbaren« Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft gewertet haben, als »Herabminderung« (Weber) der formalen Rationalität von Geldwirtschaft, bürokratischer Fachverwaltung und verrechtlichter politischer Entscheidungen. In der Implosion der kommunistischen Parteiherrschaft, im Zerfall der planwirtschaftlichen Diktatur über Bedürfnisse haben sich demnach lediglich die auf lange Sicht alternativlosen Imperative der abendländischen Rationalisierung durchgesetzt.

Angesichts der fehlgeschlagenen Alternativen wird die formale Rationalität der bürgerlichen Welt nicht länger als 'Verdinglichung', wie Lukács und mit ihm die Kritische Theorie gegen Weber einwandte, sondern als Zivilisationsversprechen aufgefaßt. Nicht schrankenloses Streben nach Profit, nicht der Drang nach

Herrschaft und persönlicher Bereicherung, sondern kühle Rechnungsführung, die rationale Organisation der Arbeit und ein aktenförmiger Verwaltungsbetrieb, getragen von »sittlich hochstehenden Beamtennaturen« kennzeichnen den modernen im Unterschied zum vorrationalen, Abenteuer- und Raubkapitalismus: »Ohne diese im höchsten Sinn sittliche Disziplin und Selbstverleugnung zerfiele der ganze Apparat.« Der Gelderwerb - so hat Albert O. Hirschman rekonstruiert - ist der frühen liberalen Ideologie zufolge eine »ruhige Leidenschaft«, die Ehrgeiz, Machtgier und Ruhmsucht im Zaum hält, auf daß eine Welt entstehe, die durch Voraussicht und Beständigkeit gekennzeichnet ist und in der das Ideal des Heroischen von der nüchternen Klugheit des *contract social* abgelöst wird.

Emile Durkheim hat diese Einschätzung in anderer Richtung ergänzt und die Zivilisierung als gleichsam automatisches Produkt einer fortschreitende Arbeitsteilung, als »Gesetz der Schwerkraft der sozialen Welt«, dargestellt. Denn Arbeitsteilung führe nicht, wie vom frühen Marx bis zu Sohn-Rethel vermutet, zu Repression und Entfremdung, sie schaffe vielmehr intensivere Formen von gesellschaftlicher Solidarität. Die Gewalt weiche aus privaten Beziehungen, eine große Anzahl von Verbrechenstypen sterbe aus, das Recht verliere seine repressiven strafrechtlichen Elemente zugunsten zivilrechtlicher, 'restitutiver' Übereinkünfte. Norbert Elias hat den Vorgang der gesellschaftlichen Rationalisierung als »Prozeß der Zivilisation« schlechthin dargestellt. Die Monopolisierung von Gewalt und die Verflechtung der gesellschaftlichen Handlungsketten laufen darauf hinaus, das innere Gewaltpotential einer Gesellschaft zu bändigen, Sicherheit zu stiften und »Langsicht« zu gewähren. Und hatte nicht auch Marx zur Vorbereitung des Sozialismus auf die weltbürgerliche Zersetzung der »Idiotie des Landlebens«, auf die Universalisierung des Warenverkehrs und auf die Schule der großen Industrie noch innerhalb des Kapitalismus gesetzt?

Unter welchem politischen Vorzeichen auch immer, die klassischen Gesellschaftstheorien schienen sich darin einig zu sein, daß die Entfaltung der modernen Gesellschaft als Erweiterung formaler Regelhaftigkeit zu beschreiben sei. In den optimistischen Varianten der Modernisierungstheorie war damit vor allem die Ausbreitung rechtsförmiger Verhältnisse gemeint, die - affektneutral, aber verlässlich - den sozialen Austausch regulieren sollten. Die klassische Theorie der Entwicklung von Bürgerrechten, wie sie T. H. Marshall in den fünfziger Jahren formulierte, ging davon aus, daß die Evolution von Bürgerrechten im 20. Jahrhundert nach der Gewährung rechtlicher Gleichheit und politischer Teilnahme in einem dritten Entwicklungsschub die soziale Sphäre erreiche und den Mitgliedern der fortgeschrittenen Gesellschaften sozialstaatliche Mindestrechte, ein Minimum an Wohlfahrt und Sicherheit verbürgen könne.

Wer wollte bezweifeln, daß die Durchsetzung verfassungsförmigen Rechts, einer gesetzmäßigen Verwaltung, eine rechtlich wie sozial eingebundene Wirtschaft, die Garantie unveräußerlicher Grundrechte und die innere Befriedung der Gesellschaft zivilisatorische Errungenschaften ersten Ranges darstellen? Ist damit der demokratische Kapitalismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts ein bis zum Ende

der Zeiten nur noch abzusicherndes und zu perfektionierendes Projekt? Steht am Horizont der 'wiedergeborenen' osteuropäischen Nationen das Licht einer *civil society*? Liegt die Zukunft der Länder der Dritten Welt im 'Nachholen' der westlichen Zivilisation?

II.

An dieser Vorstellung irritiert nicht allein das selbstgefällige Kompliment an die eigene, 'westliche' und 'zivilisierte' Gesellschaft. Sie ersetzt die Realität der Zivilisationsgeschichte durch einen normativ überhöhten Idealtyp, der allenfalls in schmalen Zonen der westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften annähernd realisiert wurde; sie relativiert die europäischen Katastrophen dieses Jahrhunderts zu temporären Regressionen; sie ignoriert die im letzten Jahrzehnt erneut fehlgeschlagenen Modernisierungsversuche in Afrika und Lateinamerika, über die in der PROKLA mehrfach berichtet wurde und die in diesem Heft Dele Olowu akzentuiert; sie verdrängt nicht zuletzt die spezifisch westlichen Traditionen der Disziplinierung, Überwachung und Herrschaft als Voraussetzung der Modernisierung, deren sich Weber und Elias nicht weniger als Marx immer auch bewußt waren.

Wer dem professionellen Optimismus der Politiker nicht traut, wer sich nicht mit der neuen Positivität vieler einst kritischer Intellektueller anfreunden kann, dem stellen sich Ungewißheit erzeugende Fragen. Ist die 'Zivilität' der fortgeschrittenen Länder wirklich verallgemeinerungsfähig und irreversibel? Sind die Annehmlichkeiten der westlichen Lebensweise 'sich selbst stabilisierende Vorteile' (Luhmann) oder handelt es sich dabei um ein erstrittenes und zukünftig aller Voraussicht nach hart umkämpftes, 'positionelles' Gut?

Das vorliegende Heft der PROKLA entwirft keine katastrophischen Szenarien, sondern thematisiert die Ambivalenz, die Ungleichzeitigkeiten, die Rückschläge, die teils ungewollten, teils billigend in Kauf genommenen Nebeneffekte und die strukturellen Barrieren des »sogenannten Fortschritts zum Kapitalismus« (wie Weber vorsichtig genug formulierte) - Realitäten, die von den 'großen Theorien' der Gegenwart zu historischen Relikten, bedenklichen Randerscheinungen oder Zeichen 'unvollständiger Modernisierung' externalisiert werden.

Die zivilisatorischen Errungenschaften sind indessen nicht allein höchst ungleich über den Erdball verteilt, so daß bislang zwar von einem Weltsystem im Sinn asymmetrischer ökonomischer Abhängigkeiten, globaler Gefahren und einer grenzüberschreitenden Kulturindustrie die Rede sein kann, nicht aber von einer Weltgesellschaft im emphatischen Sinn, die ihren Mitgliedern gleiche Rechte und Chancen einräumen würde. Auch in den Zentren des Weltsystems ist der relative Komfort der westlichen Lebensweise keineswegs auf Dauer sichergestellt. Hinter der Fassade der scheinbar selbstregulativen Systeme von Politik und Ökonomie lauert, wovon der Theoretiker der okzidentalen Rationalisierung

zumindest düstere Ahnung hegte: die »Gefahr furchtbarer Korruption und gemeinen Banausentums«.

Wie dünn die Fassade ist, wird sichtbar, wenn Modernisierungsversprechen scheitern und fundamentalistische Gegenbewegungen hervorrufen, wenn zivilisatorische Gewinne in wechselnden politischen und ökonomischen Umwelten zerrieben, wenn die offiziellen Normen der Politik durch widersprechende Handlungsweisen ausgehöhlt werden. Skandale, Affairen, Rückschläge und Regelungsverluste interessieren in diesem Zusammenhang weniger als publizistische Ereignisse, denn als Indikatoren eines theoretisch vernachlässigten Sachverhalts: Die 'Lebenswelt' des Weltmarktsystems ist nicht an erster Stelle durch allgemeinen Vernunftgebrauch, eine aufgeklärte Öffentlichkeit und ein Publikum rasonierender Privatleute konstituiert; die 'zivile Gesellschaft' war seit ihren europäischen Anfängen in ein Geflecht undurchschaubarer Intrigen, Geheimbünde und - woran Ralf Dahrendorf in seinem jüngsten Buch über die Revolutionen Europas erinnert - von kriminellen Substrukturen im Schnittfeld zwischen Geschäft, Verbrechen und Politik verwoben.

III.

Daß die 'Subsysteme' der Gesellschaft nicht so sauber 'ausdifferenziert' sind, wie von der funktionalistischen Theorie vorgesehen, hat sich in jüngerer Zeit in einer Serie von Skandalen gezeigt, deren Folgen vorerst kaum absehbar sind. Wie kontingent die in PROKLA 82 thematisierte Wahlverwandtschaft zwischen Kapitalismus und Demokratie tatsächlich ist, wurde jüngst durch eine Affaire bewußt gemacht, die vom monetären Ausmaß des Schwindels her gute Chancen hat, als bislang größter Betrug in die Geschichte der Finanzwelt einzugehen. Wie die Manipulationen der Solomon Brothers in New York und das *insider trading* in Frankfurt gezeigt haben, geht es auch in den alteingesessenen Häusern der Hochfinanz nicht immer ehrenwert zu. Keine dieser Affairen, die mit Rücktritten schnell erledigt waren, reicht indessen an die intimen Beziehungen der Japanischen Banken und Broker zum organisierten Verbrechen und zu korrumpierten Aufsichtsbehörden heran. Tatsächlich war der japanische Kapitalismus wohl immer von besonderer Art. Anders als die Mär vom risikofreudigen Unternehmer und der von ihm eingestrichenen 'Prämie' es erzählt, war das Geschäft der Spekulation im fernen Osten stets rückversichert. Im Juli des Jahres wurde eine Liste mit den 241 Namen jener geschätzten Kunden der großen Wertpapierhändler Tokios veröffentlicht, die für Kurverluste entschädigt wurden, darunter global operierende Konzerne wie Toyota, Nissan und Matsushita.

Dies entspricht zwar nicht besseren Londoner, New Yorker oder Frankfurter Sitten, wurde jedoch, obwohl illegal, vom japanischen Finanzministerium geduldet. Erst nach dem Zusammenbruch des spekulativ überdrehten Nikkei-Index um 40% wurde die skandalgewohnte Öffentlichkeit auf eine Verstrickung auf-

merksam, über die diesen Sommer die Direktoren dreier Großbanken fielen: Führende Wertpapierhäuser zahlten hohe Summen an Verbrechersyndikate, die damit einerseits Aktienpreise manipulierten, andererseits die erzielten Gewinne an der Steuer vorbeibrachten. Gefälschte Depositenzertifikate dienten als Sicherheit für bereitwillig eingeräumte Milliardenkredite, die ihrerseits den spekulativen Boom am Aktien- und Immobilienmarkt anheizten. Öffentlichkeitswirksam wurde dies freilich erst durch die Dreistigkeit, mit der die Wertpapierhändler ihre Kompensationszahlungen steuerlich absetzen wollten.

Inszenierte Reue, rituelle Rücktritte und symbolische Strafen aber scheinen wenig geeignet, die symbiotischen Beziehungen aufzulösen, in denen die japanische Geschäftswelt abenteuerlichem Betrug näher steht als rationaler Kalkulation - auch wenn dies Risiken eigener Art mit sich bringt: »Die Skandale sind in das Finanzsystems Japans, seine korrupte Politik, selbst seine Geschäftspraktiken eingewoben. Nicht nur ihre Beschaffenheit hat System, sondern auch die von ihnen aufgeworfenen Risiken: der größte Kapitalgeber der Welt, zugleich eines der drei führenden Finanzzentren ist von Schwindel durchsetzt, wurde von Blinden oder Gefälligen überwacht und könnte durchaus dem Zusammenbruch entgegen sehen. Japans Morast ist gefährlicher Stoff.« (*Economist*, Aug. 17th 1991, 13) - Uwe Hohmann wird dieser explosiven Mischung aus Tradition und Moderne, in der manche die erste postmoderne Gesellschaft erblicken, nachgehen.

IV.

Andere Anomalien in der nordamerikanischen 'Führungsgesellschaft' der westlichen Welt werfen die Frage nach der Irreversibilität zivilisatorischer Arrangements auf. Interpretiert man fundamentalistische Bewegungen - wie Parsons - als Reaktionen auf innere Widersprüche von Modernisierungsprozessen, dann ist die Fundamentalisierung von Politik nicht auf die islamische Welt begrenzt. Die neokonservative Revolution gegen den Sozialstaat und die während der sechziger Jahre erstrittene Liberalität ist keine parteipolitische Ideologie, sondern markiert, folgt man Marshalls und Durkheims Kriterien, einen tiefen Einschnitt in das 'amerikanische Wertmuster'.

Die 80er Jahre, die Jahre der Rückkehr zu militärischer Überlegenheit, waren innenpolitisch durch drastische Einbrüche in die von Durkheim beschworene 'soziale Dichte' gekennzeichnet. Einer der zentralen modernisierungstheoretischen Indikatoren, die Zunahme sozialer Gleichheit, erwies sich sehr wohl als umkehrbar (falls er überhaupt jemals zutraf). Die Familieneinkommen der untersten 20 % der Haushalte stagnierten während des letzten Jahrzehnts auf unterstem Niveau; das zweitunterste Fünftel verbesserte sich gegenüber 1973 um bescheidene 3%, während die oberste Quintile um 36% zulegte. Nach einer Dekade beispielloser Umverteilung gibt das Volkszählungsamt in Washington an, daß seit 1990 13,5 Prozent aller Amerikaner unterhalb der offiziellen Armuts-

grenze leben. Die *poverty trap* schlägt erbarmungslos zu, die Zusammenhänge zwischen mangelnder Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hautfarbe, Drogenkonsum und Kriminalität werden statistisch stets aufs Neue erwiesen.

Diese Entwicklung betrifft nicht einige *social problems* neben anderen, sondern die expandierende Dynamik eines Systems, die den vielgerühmten 'Wertkonsens' der amerikanischen Gesellschaft zu sprengen droht. »Der Kluft zwischen Arm und Reich ist nicht lediglich eine Sache ökonomischer Schichtung. Sie ist durch ethnische Unterschiede vergiftet. Amerika kann diese Kluft nicht länger tolerieren und gleichzeitig seine Werte intakt halten.« Nach dem Verstummen einer kapitalismuskritischen Öffentlichkeit bleibt es dem *Economist* überlassen, auf eine »Neue Klassenpolitik« aufmerksam zu machen, die zunehmend Eingang in die tagespolitischen Auseinandersetzungen hält (Oct. 26th, 1991, American Survey, 17).

Von einer inneren Befriedung der Gesellschaft kann unter diesen Umständen keine Rede sein. Die Jahre der Überwindung des 'Vietnam-Traumas' waren solche der Explosion von Gewaltverbrechen, zu drei Vierteln mit der Institution des Eigentums verknüpft. Die nordamerikanische 'zivile Gesellschaft' leidet an einer fatalen Dialektik: »Die Vereinigten Staaten sind das Land des Friedens und der Gewalt in einem. Politischer Terrorismus existiert nicht, Konsens und Harmonie bestimmen das Zusammenleben. Gleichzeitig sterben jährlich 20 mal mehr Menschen durch Schußwaffen als in Deutschland, Italien und Frankreich zusammen. Innenstädte sind für die meisten Amerikaner eine absolute Tabuzone.« (Tagespiegel v. 22.6.1991) Die konservative Politik setzt freilich nicht auf 'restituierende' Maßnahmen, sondern auf individualisierende Schuldzuweisungen, auf die Beschwörung hohler Werte, flankiert durch die harte Pädagogik eines verschärften Strafvollzugs. Die Militarisierung der Drogenbekämpfung seitens der Vereinigten Staaten versucht nicht allein, wie Heiner Busch in seinem Beitrag zu diesem Heft ausführt, die sozialökonomischen Probleme im südlichen Teil des Kontinents mit Militärhilfe zu lösen; sie hat, mit derselben Aussichtslosigkeit, einen Krieg auch auf den eigenen Straßen entfesselt.

'Tough on crime' aber ist zum Gütesiegel von Kandidaten für politische Ämter geworden. Die Zahl der Gefängnisinsassen hat sich seit 1970 verdreifacht, der Anteil der Eingesperrten an der Bevölkerung läßt sich nur noch mit dem in Südafrika und der Sowjetunion vergleichen. Die Verhärtung des Strafrechts wird nach entsprechenden Umbesetzungen vom *Supreme Court* mitgetragen, der in empfindlicher Hinsicht mit bisher geltenden Prinzipien bricht. So sollen jetzt auch auf illegalem Weg erbrachte Beweise und erzwungene Geständnisse vor Gericht verwendet werden können. Hinrichtungskandidaten können nur noch eingeschränkt Berufung einlegen. »Die Mitglieder des Gerichtshofs gewinnen allmählich das Aussehen einer Bande von Schwarzeneggers in Roben,« kommentiert der *Economist* vom 6. Juli des Jahres und bezeichnet die USA als *punitive society*. Ende Oktober hat nun das Repräsentantenhaus der von Bush geforderten *crime bill* zugestimmt und die Todesstrafe auf 50 weitere Delikte ausgeweitet; eine ha-

beas corpus Reform soll das Recht auf Einspruch gegen ein Todesurteil einschränken. - In welcher Hinsicht, fragte George Kennan vor kurzem in *Foreign Affairs*, sollen die Vereinigten Staaten den osteuropäischen Ländern als Vorbild dienen können?

V.

Die Verflechtungen des Verbrechens sind freilich längst nationaler Kontrolle entwachsen. Die Internationalisierung der Kapitalmärkte hat zugleich die Bewegungsspielräume der organisierten Kriminalität entgrenzt. Der grenzüberschreitende Fluß und die legale Reinvestitionen von Drogendollars, wie *Heiner Busch* sie anhand des Kolumbianischen Beispiels analysiert, haben von der neoliberalistischen Wirtschaftspolitik in ungeahntem Ausmaß profitiert. Die Metamorphose des Drogengelds in Wertpapiere, Immobilienanlagen, touristische Dienstleistungsunternehmen oder auch in produktive Investitionen, nähert sich den gewöhnlichen Umschlägen des internationalen Warenverkehrs an, ganz so, als wäre lediglich eine neue Anlagesphäre mit spezifischen Risiken entstanden. Die Grenze zwischen Legalität und organisierter Kriminalität, so die These des Aufsatzes von *Frank Uessler* im vorliegenden Heft, verwischt. Wenn es zutrifft, daß die Geschäftsbereiche der internationalisierten Mafia neben allen Sparten des gewöhnlichen Verbrechens auf der Kooperation von Abgeordneten, Richtern, Bürgermeistern, Finanzmaklern und Bauunternehmern basiert und nicht selten auf einen Konsens in der Bevölkerung rechnen kann, dann müßte man wohl von einer integralen Kriminalität reden - *Uessler* zufolge nicht zuletzt die Kehrseite einer zunehmenden Desintegration des politischen Pluralismus im Italien der achtziger Jahre.

Den Machenschaften der Mafia und ihren bis ins Europäische Parlament geknüpften Verbindungen hat im Sommer dieses Jahr ein 'integraler Skandal' den Rang abgelaufen, der die Phantasie jedes Drehbuchautors leicht in den Schatten stellt: der Zusammenbruch der *Bank of Credit and Commerce International* (BCCI). Finanztechnisch betrachtet, begann die Affaire in der Art eines drohenden betrügerischen Bankrotts, wie so häufig zum Schaden gewöhnlicher Kunden. Die BCCI, eine von Luxemburg und den Cayman Islands aus operierende Bankholding mehrheitlich im Besitz des Herrschers von Abu Dhabi, die über ein Netz von Filialen und heimlichen Anteilen in siebzig Ländern operierte, wurde am 5. Juli von britischen Regulatoren geschlossen. Wie die Untersuchungen ergaben, wurden über verdeckte Transaktionen fiktive Einkommen geschaffen und Verluste versteckt. Durch dubiose Geschäfte, Insider-Kredite und nicht belegte Übertragungen wurden im Verlauf der Jahre Risiken akkumuliert, deren Zusammensturz geschätzte Verluste von wenigsten 5 Mrd. Dollar nach sich ziehen dürfte, ein Schaden, von dem die Devisenkonten manchen Staats der Dritten Welt schwer betroffen sein werden.

Bereits dies sichert der BCCI einen singulären Platz in der Geschichte der Bankenzusammenbrüche. Im Hintergrund harren indessen weitaus mysteriösere Vorgänge der Aufklärung. Die spektakulären Umstände der Schließung und weltweite Proteste haben den Blick auf Verflechtungen gelenkt, die nicht zu unrecht ein »internationales Watergate« genannt wurden, eine »einzigartig destruktive Mischung aus Komplexität und Korruption«. Das Geschäftsgebahren der BCCI, einschlägigen Kreisen seit Mitte der achtziger Jahre bekannt, hat einen besonderen Kundenkreis angezogen, der mit einer besonderen Art von Einlagen das Tagesgeschäft der Bank deckte. Der Rekonstruktion des *Economist* vom 3. August zufolge leitete die CIA während der achtziger Jahren seine Gelder an die afghanischen Rebellen über die Konten der BCCI, die über Bestechungen ehrenwerter Mitglieder der New Yorker Gesellschaft auf geheimem Weg drei amerikanische Banken erworben hatte. Zur selben Zeit und auf demselben Weg finanzierte Manuel Noriega auf Anweisung der CIA die nicaraguanischen Contras; in gegenläufiger Himmelsrichtung nutzen die kolumbianischen Drogenhändler die panamaischen Filialen der BCCI zur Geldwäsche - eine Doppelrolle, die Noriega und zahlreichen unbeteiligten panamaischen Bürgern nicht gut bekam. Andere Informationen verweisen auf die Rolle der BCCI in der Iran-Contra Affaire. Im Unterschied zu Watergate scheinen auch andere Geheimdienste involviert. Der britische MI 5 ist vermutlich seit längerem über die Konten Abu Nidals und die Finanzierung der Hizbollah über die Londoner Filialen der Bank informiert. Hinweise über direkte Verbindungen zwischen BCCI und der nordamerikanischen Mafia liegen vor.

Die neue Qualität dieser Verquickungen besteht darin, daß sie sich in der Art einer weltumspannenden Konspiration darstellen lassen, obwohl kein »Supermind« die Fäden zusammenhält. Im Hintergrund steht kein Plan und keine bewußt koordinierte Handlung, sondern das spontane Zusammenwirken unabhängiger Akteure. Insbesondere zwei Strukturmerkmale des deregulierten Kapitalismus der achtziger Jahre greifen dabei ineinander. Zum einen ist dies der unkontrollierte internationale Finanzverkehr, der unversteuerten Profiten, fliehendem Kapital und illegalen Geldern ungehinderten Abfluß in sichere 'Häfen' geschaffen hat, wobei auch die Banken der Ersten Welt noch jedem Despoten ihre diskreten Dienste anbieten. Zum anderen der rechtsfreie Raum, in dem die Geheimdienste unbehelligt operieren. Inmitten des modernen Verfassungsstaats hat sich eine demokratischer Aufsicht weitgehend entzogene, dem Parlament gegenüber autonom operierende Geheimbündelei erhalten, deren Aktivitäten nicht selten auch die Regierung überrascht. Dies mag die Frage beantworten, warum die BCCI erst Jahre nach den ersten Berichten über dunkle Geschäfte geschlossen wurde und warum die Aufdeckung der Transaktionen auch jetzt noch von der CIA und dem Departement of Justice behindert wird. Offenbar hat die Überschneidung von Bankgeheimnis und staatlichen Geheimorganisationen ein der Öffentlichkeit entzogenes Millieu geschaffen, in dem sich Agenten, Drogenhändler, Diktatoren, Terroristen und gewöhnliche Mafiosi zu einem gleichsam selbstorganisiertem

ten System zusammenschließen. Erst dadurch entsteht die rekursive Logik der Verstrickungen, die, wie der *Economist* schreibt, eine Aufklärung unwahrscheinlich macht: »Die Geheimhaltung ist zirkulär und selbstrechtfertigend und macht es dadurch nahezu unmöglich, das ganze Ausmaß des Registers zu beurteilen.« Die 'Selbstorganisation' des internationalen Verbrechens bei staatlicher Mitwirkung ist freilich kein Mysterium, sondern Ergebnis von Unterlassungen, die auf empfindliche Defizite der entwickelten Demokratien verweisen.

VI.

An den evolutionstheoretischen Annahmen, denen zufolge sich Herrschaft in der modernen Gesellschaft anonymer, indirekter, aber auch berechenbarer gestaltet, konnte sich der empirische Zweifel schon immer nähren. Daß Modernisierung nicht eo ipso einen Zivilisationsgewinn darstellt, tritt vor allem dann ins Bewußtsein, wenn historische Umbrüche den Blick auf alle Erscheinungsformen von Macht und Gewalt und deren vermeintlich atavistischen Triebgrund freilegen. Der historische Abgang des Staatssozialismus und die Nachhutgefechte um die geschichtliche Beute haben in einigen Teilen Osteuropas diesen Urschlamm nach oben gespült.

Die Rolle des Westens war in dieser Hinsicht höchst ambivalent. Bis in die achtziger Jahre wurde die Vereinbarung von Jalta als völkerrechtlicher Rahmen für den europäischen Frieden anerkannt, damit de facto auch die Doktrin der begrenzten Souveränität der osteuropäischen Staaten. Seit der Schlußakte von Helsinki begannen zunächst ostmitteleuropäische Dissidenten, nationale Autonomie als emanzipatorische Idee gegen die sowjetische Vormacht zu begreifen. Nicht an den alten irrationalen Nationalismus, der zwei Weltkriege und einen mordenden Antisemitismus entfacht hatte, war gedacht, sondern an einen nationalen Konsens, der ganz von den Normen der zivilen akademischen Mittelschicht getragen sein sollte. »In ganz Ostmitteleuropa«, schrieb György Konrád 1985 hoffnungsvoll, »sind wir Zeugen des Aufeinandertreffens von gewaltfeindlicher Autonomie und einem neuen Nationalismus. Mit dem Zauber der Uniform jedenfalls ist es vorbei.« So meinten denn linke westliche Intellektuelle, die 'nationale Frage' für sich entdecken zu müssen, um mit deren Sprengkraft den Imperialismus der Blöcke zu brechen. Seit 1989 haben dann auch die westlichen Medien und Politiker den rebellierenden ethnischen Gruppen die Parolen der französischen Revolution zur Verfügung gestellt. Forderungen nach 'Autonomie' und 'Souveränität' schienen allemal ein geeignetes Mittel, den sowjetischen Zentralstaat zu unterminieren.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion zeigt sich nun, daß in den meisten der Unabhängigkeit beanspruchenden Republiken 'Autonomie' als die des ethnischen Kollektivs, nicht als die von Minderheiten oder gar von Individuen ausgelegt wird. Die litauische Regierung sorgt sich um die Beschaffung von Uniformen

für ihre Volksfront. Die von den westlichen Medien mit Sympathie begleitete 'Freiheitsliebe' schlägt um in die zur Handgreiflichkeit drängende Phrase von 'Überfremdung'. Überall gehen die neuen Potentaten daran, begehrte Posten mit eigenen Volksgenossen neu zu besetzen, um die langersehnte Einheit von Blut und Boden herzustellen. Zu den ersten souveränen Akten gehört die Aufstellung nationaler Gardien, deren zukünftige Funktion in der Durchsetzung territorialer Ansprüche nichts Gutes verspricht. Die Ethno-Nation triumphiert blutig über die Staatsnation, »nationale Selbstbestimmung« ist zum Vorwand moderner Freibeuterei geworden. Westliche Kommentatoren sind wiederum flexibel. Zweieinhalb Monate, nachdem der Sturz Gorbatschows in eine demokratische Revolution übergegangen zu sein schien, berichtet die *Zeit* vom 1. November über wachsende Sorgen um autoritäre Tendenzen in Rußland - und weiß andererseits, da das marktwirtschaftliche Vorzeichen stimmt, sogleich 'triftige Gründe' für eine hart durchgreifende Präsidialdiktatur anzuführen.

Im Widerstand gegen die Herrschaft einer Partei über Staat und Gesellschaft mag sich etwa in Polen zu Beginn der achtziger Jahre der Kern einer zivilen Gesellschaft konstituiert haben - ein Kern allerdings von geringer Halbwertszeit. Heute, wo die polnische Wahlbeteiligung diejenige der USA unterbietet, ist das Interesse an Selbstregierung erlahmt. Der von westlichen Linken emphatisch gefeierte Impuls der Bürgerbewegungen ist, wie Melanie Tatur beobachtet, auf bloße Reproduktionsinteressen zusammengeschrumpft, auf einen Materialismus ohne Dialektik, der sich das politische Geschäft nur zu gerne von paternalistischen Führern abnehmen läßt. Der ehemalige Held der Danziger Arbeiter wirbt mit einem jüdenfreien Stammbuch um Stimmen: 'sauber vom Großvater zum Urgroßvater', die Regierung stimmt ihre Gesetzesvorlagen mit klerikalischen Eiferern ab. Eineinhalb Jahre nach den 'zivilen Revolutionen' berichtet Stephen Howe angesichts der osteuropäischen politischen Bewegungen von den 'New Xenophobs of Eastern Europe': »Sowohl der Liberalismus als auch die Sozialdemokratie werden als jüdisch identifiziert und angegriffen.« (*New Statesman and Society*, No. 149) - Man darf gespannt sein, welche Rücklaufschleifen die Nationenbildungen Osteuropas noch durchlaufen werden - wenn es nicht überhaupt zu einer Restitution autoritär-populistischer Modelle kommt, die ja auch schon anderswo die gewaltigsten bis gewalttätigsten »Modernisierungserfolge«, zumindest ihren »take off« ausgelöst haben.

VII.

Zur Labilität der Weltordnung, von der das Editorial der letzten PROKLA sprach, gehört offenbar auch die Kurzlebigkeit politischer Visionen. Die großen Hoffnungen, den Umbruch in Osteuropa als Zivilisationsgewinn verbuchen zu können, sehen sich heute erheblich getrübt. Zwischen politischer Landnahme, populistischer Demagogie und teils blutigen Ausschließungskämpfen gefangen,

zeigen sich im Innern dieser Gesellschaften die bösen Fratzen zivilisationsfeindlicher Gewalt gegen alles, was als fremd empfunden wird - und das neue Deutschland darf sagen, dabei zu sein.

So gesehen, gehört es noch zur harmloseren Ironie, daß das Glück der 'Vereinigung' sogleich zwei neue Kategorien von Straftaten ins Leben rief: die 'Regierungs-' und die 'Vereinigungskriminalität'. Auch der juristischen Artistik, die in einem anderen Rechtsraum begangenen Untaten von westdeutschen Richtern nach DDR-Recht aber mit westlichem Rechtsempfinden ahnden zu lassen, mag man unterhaltsame Seiten abgewinnen. Entscheidend ist dabei nicht, daß viel von dem in der DDR begangenen und dokumentierten Unrecht nicht strafrechtlich greifbar ist. Symptomatisch für die nach wie vor vorherrschende Bewußtseinslage, für die tiefsitzenden Sozialisierungsschäden, die der reale Sozialismus hinterlassen hat, ist der Mangel jener elementaren Voraussetzung, ohne die das moderne Recht tatsächlich nichts als 'Verfahren' wäre: das Fehlen jeglichen Schuldbewußtseins.

Die mittlerweile sichtbar gewordenen Verstrickungen der Bürger der DDR in ihr Herrschaftssystem verleihen Adornos These von der Universalität des Schuldzusammenhangs erneute Konkretion. Die Aufarbeitung dieser jüngsten Vergangenheit scheidet jedoch bislang an einem im Westen alteingeübten Reflex: Wo die Schuld breit genug gestreut ist, wird eine kollektive Entschuldung aggressiv eingeklagt - wobei man auf die stille Komplizenschaft all jener setzt, die sich vorstellen können, unter vergleichbaren Voraussetzungen ebenso gehandelt zu haben. Nur haben eben andere, worauf Wolfgang Thierse mit großem Recht hinweist, unter denselben Bedingungen anders gehandelt. Die Alternative zum Grenzdienst mit Tötungsauftrag war eben doch die Wehrdienstverweigerung bei Verzicht auf die ohnehin spärlichen Vergünstigungen. Der Maßstab für den Umgang mit der ostdeutschen Vergangenheit kann daher nicht die versäumte Entnazifizierung Westdeutschlands sein, sondern allein die Zivilcourage, die auch in der DDR möglich war.

Die in Ostdeutschland weitverbreitete Bewußtseinslage erinnert fatal an jene Unfähigkeit zu trauern, die Alexander und Margarete Mitscherlich in ihrem Psychogramm der westdeutschen Nachkriegssituation folgendermaßen beschrieben hatten: »Bücher und Zeitungen bleiben nicht ungelesen, in denen die Auffassung vertreten wird, daß wir nur unter Druck bössartiger Verfolger all das tun mußten, was wir taten - gleichsam in unserer Ehre unbetroffen. Eine solche Einstellung bedeutet, daß nur die passenden Bruchstücke der Vergangenheit zur Erinnerung zugelassen werden. Alle Vorgänge, in die wir schuldhaft verflochten sind, werden verleugnet, in ihrer Bedeutung umgewertet, der Verantwortung anderer zugeschoben, jedenfalls nicht im Nacherleben mit unserer Identität verknüpft.«

So präsentiert sich das gegenwärtige Ostdeutschland als eine Gesellschaft ohne Trauer, aber voll von dumpfer Depression. »Die Gefühle reichen nur noch zur Besetzung der eigenen Person, kaum zu Mitgefühlen irgendwelcher Art aus. Wenn irgendwo überhaupt ein bedauernswertes Objekt auftaucht, dann ist es

meist niemand anderes als man selbst,« schreiben die Mitscherlichs in ihrem in Leipzig neu verlegtem Buch (bedauerlicherweise ohne editorischen Hinweis auf dessen gegenwartserhellenden Wert). Die anomische Variante der Individualisierung marschiert in Kampfstiefeln gegen die Belastungen der Modernität, angeheizt von einer Dumping-Kultur für die Massen und einem skrupellosen Abzocker-Kapitalismus, der offenbar eine Gesellschaft installieren möchte, die Wolf Biermann einst in der Chausseestraße als »kalt gekachelten Puff« titulierte hatte. Darüber ist freilich auch eine neue Qualität in die gesamtdeutsche politischen Kultur eingezogen. Vor zehn Jahren mußte sich das Verständnis für Hausbesetzungen dem Terrorismus zurechnen lassen. Wenn der neudeutsche Pöbel rassistischen Totschlägern Beifall zugröhlt, kann er bei Bonner Politikern auf Verständnis für seine 'Probleme' hoffen. Die gesellschaftliche Doppelmoral blüht auch im Westen, und im Osten hatte man seine Antennen schon immer westwärts ausgerichtet.

Wer Marcuses These von der »repressiven Entsublimierung« immer für übertrieben hielt, dem sei die Lektüre der neuen, vom Zynismus westlicher Journalisten aufs östliche Gemüt berechneten Boulevardblätter empfohlen. Der Horror vor der Vergangenheit paart sich mit dem Empfinden, in der Gegenwart nur die Fortsetzungsgeschichte einer allzubekanntenen Machtausübung zu erleben, und so haben sich im deutschen Osten alle Syndrome des »kleinen Mannes« erhalten können, die der Staatssozialismus systematisch herangezüchtet hatte. Gerade diese Mentalität aber hat durch die im Westen festgelegten Modalitäten des staatlichen Zusammenschlusses erst ihre gefährliche Zuspitzung erhalten und eine *underclass* ohne Eigentum und ohne Arbeit erzeugt. Was keine Kollektivierung zustande gebracht hat: von der Enteignung des seit Jahrzehnten bewohnten Hauses bis zur Entwertung jeder eigenen Erfahrung, wurde im Interesse westlicher Erben und einer vom westlichen Sieger okkupierten Nachkriegsgeschichte vollendet, die sich als alternativlos präsentiert. Die schamlose Übervorteilung infolge der Eigentumsregelungen des Vereinigungsvertrags ist schwer zu ertragen, ebenso die Herabminderung von beruflichen Qualifikationen, am unerträglichsten aber ist offenbar das Gefühl, ein 'Deutscher zweiter Klasse' zu sein. Die regierungsamtliche Deutschtümelei, die seit langem das Ziel hat, Türken durch »Volksdeutsche« zu ersetzen, liefert das passende Muster zur Deutung der Situation: Wenn schon keine klassenlose Gesellschaft, dann wenigstens, wie seit vierzig Jahren im Westen versprochen, ein klassenloses Deutschsein. - Die »Vereinigungskriminalität« begann westlich der Elbe, mit der Vereinigungslüge.

VIII.

Die Welt ist durch das glückliche Ende der atomaren Ost-West-Konfrontation nicht einheitlicher oder gar einiger geworden. Auf beiden Seiten der einst Europa durchtrennenden Grenze warten alte Probleme auf Lösungen, neue sind hin-

zugelassen. Die Perspektiven vieler Länder der Dritten Welt sind finsterner denn je.

In absehbarer Zeit werden aus den Trümmern der zentralen Befehlswirtschaft weder funktionsfähige Märkte noch soziale Gerechtigkeit aufsteigen. *Bugaj* und *Kowalik* haben in der PROKLA 82 vor der Verbürgerlichung der Nomenklatura und der Gefahr einer »Panamaisierung« der Wirtschaft in Polen gewarnt: der Verlauf der Privatisierungen gleiche nicht selten einem großorganisierten »Banküberfall«. So scheint sich zumindest diese alte These Durkheims zu bestätigen: »Wenn es mehrere Arten gibt, Eigentum zu erwerben, gibt es auch mehrere Arten zu stehlen.« Die Befürchtung der Autoren könnte durch andere Länderstudien leicht belegt werden. Die Bevölkerung der mittelost- und osteuropäischen Länder steht erst am Anfang der Erfahrung, daß die Freiheit der Märkte nicht-erträumte Zumutungen zur Kehrseite hat. Die westlichen Regierungen gerieren sich derweil als Versuchsleiter »großhistorischer Experimente« und verordnen nach Maßgabe neoklassischer Lehrbuchweisheiten »Schocks« aller Art.

Zweifellos hat Habermas recht mit dem Hinweis, daß der osteuropäische Umbruch keines der westeuropäischen Probleme löst. Schon bestehende dürften sich verschärfen, weitere zusätzlich entstehen: die Migration als Folge der marktwirtschaftlich induzierten »Freisetzungen«, möglicherweise bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen - um von der veränderten Lage der Dritten Welt, die nun mit den osteuropäischen Ländern um Entwicklungschancen konkurriert, nicht zu reden. (Von letzterem wird die nächste Nummer der PROKLA berichten.) Bis vor kurzem noch wurde die »Rückkehr des Ostens nach Europa« emphatisch begrüßt. Jetzt, wo sich zeigt, daß damit zugleich die »asiatische Armut« um einiges näher rückt, wird sich erweisen müssen, ob dies mehr als eine geschichtsphilosophische Phrase war. Wie zivil die »westliche Zivilgesellschaft« tatsächlich ist, wird sich erst noch herausstellen müssen.

* * *

Seit drei Jahren ist der Preis der PROKLA stabil geblieben. Aufgrund von steigenden Kosten für Papier und Druck müssen wir leider ab Heft 86 den Preis für das Einzelheft im Ladenverkauf auf 18 DM, den Abo-Preis auf 14,50 DM anheben.